

PLENUM AKTUELL

14. – 16. Dezember 2010

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Aktuelle Stunde zur „Stiftung Kloster Eberbach“

CDU/FDP:

Laut Staatsanwaltschaft Mainz war der Stiftung Kloster Eberbach bereits 2008 bekannt, dass der ehemalige Geschäfts-führer nicht nur in die eigene Tasche gewirtschaftet hat, sondern auch 40.000 Euro für CDU-Rechnungen von der Stiftung bezahlen ließ.

SPD:

Auf Antrag der SPD beschäftigte sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Illegale CDU-Parteienfinanzierung über die Stiftung Kloster Eberbach“.

Die bislang bekannten Fakten lassen vermuten, dass der Skandal der illegalen Parteienfinanzierung unter den Tisch gekehrt werden sollte, denn das Kuratorium der Stiftung Kloster Eberbach war und ist mit hochrangigen Vertretern der Landesregierung besetzt - an der Spitze zunächst der frühere Umweltminister Dietzel und anschließend seine Nachfolgerin Lautenschläger. Der Skandal hat sich also unmittelbar vor den Augen der Hessischen Landesregierung zugetragen.

Kürzung der Eingliederungsmittel

Die vom Bund geplanten drastischen Kürzungen bei den Eingliederungsmitteln würden in Hessen allein für 2011 mit 87 Millionen Euro zu Buche schlagen. Das wird noch gravierendere Folgen haben als die 2003 von der Hessischen CDU-Landesregierung durchgedrückte ‚Operation düstere Zukunft‘, mit der die soziale Infrastruktur in Hessen erheblich beschädigt wurde.

Gerade für gering qualifizierte oder schwer zu vermittelnde Menschen sind die Eingliederungsmittel von elementarer Bedeutung. Alles was hier ‚eingespart‘ werden soll, muss hinterher doppelt und dreifach bezahlt werden. Denn wenn wir die Menschen nicht beraten, qualifizieren und in den Arbeitsmarkt integrieren, bleiben sie Hilfeempfänger. Das ist nicht nur diskriminierend, sondern auch volkswirtschaftlicher Unsinn.

In erster Linie sind es die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld, die jetzt wieder die Chance auf eine Beschäftigung bekommen. Langzeitarbeitslose profitieren kaum, Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen und geringer Qualifikation am allerwenigsten von der wirtschaftlichen Erholung und gerade sie sind deshalb auch weiterhin auf Eingliederungsmittel angewiesen. Wenn aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise Kürzungen notwendig sind, dürfen nicht ausgerechnet die Schwächsten in der Gesellschaft dafür ‚bluten‘ müssen. Auf ihrem Rücken Kürzungen durchzusetzen, die durch die Gier der Finanzhaie notwendig wurden, ist ein politischer Skandal. Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, sich auf Bundesebene gegen dieses skandalöse Vorhaben einzusetzen!

Programm „Schule und Sportverein“ – Sparen an der falschen Stelle

CDU/FDP:

Ab dem nächsten Jahr sollen beim Programm ‚Schule und Sportverein‘ jährlich 200.000 Euro eingespart werden. Dafür nimmt die Kultusministerin in Kauf, dass hessenweit Tausende von Schulsportstunden wegfallen. Das passt absolut nicht zu der angeblich von ihr angestrebten Ausweitung von Ganztagsange-

SPD:

Es ist unbestritten, dass zu einem ‚runden‘ Ganztagsangebot in der Schule auch verschiedene sportliche Angebote gehören. Gerade Kinder aus sozial schwächer gestellten Familien haben oft nur so eine Chance, kostenlos unter professioneller Anleitung Sport zu treiben.

Außerdem gibt es immer mehr übergewichtige Schülerinnen und Schüler, die nur über Angebote im schulischen Umfeld an sportliche Aktivitäten herange-

<p>boten und zur stärkeren Einbindung der Vereine.</p> <p>Wieder einmal werden bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten die Folgekosten vollkommen außer Acht gelassen. Gesundheitliche Probleme, die durch mangelnde Bewegung entstehen, müssen später auf Kosten der Allgemeinheit repariert werden. Was dann investiert werden muss, steht in keinem Verhältnis zu den jetzt erzielten Einsparungen.</p>	<p>führt werden können. Gerade hier hat die Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen in den letzten Jahrzehnten große Erfolge zu verzeichnen. Wenn das Land für jede dieser Sportstunden acht Euro zahlt, ist das bestens investiertes Geld. Wer an dieser Stelle kürzt, spart ein bewährtes und gut funktionierendes System kaputt.</p> <p>Um den Bestand der vielfältigen Sportangebote zu sichern, die durch lokale Vereine gemeinsam mit den Schulen getragen werden, hatte die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zur Rücknahme der Kürzungen eingebracht. Dieser wurde leider abgelehnt.</p>
--	--

Mittelstandsgesetz kann Dumpinglöhne verhindern

CDU/FDP:

Das zum Jahresende auslaufende Mittelstandsgesetz von 1974 entspricht nicht mehr den neuen europäischen Arbeitsmarktbedingungen. Dennoch will die Landesregierung das 36 Jahre alte Gesetz einfach verlängern.

Die Stillhalte-Strategie von CDU/FDP hat für den mittelständischen Arbeitsmarkt in Hessen fatale Folgen. Die hessischen Betriebe stehen zukünftig im Kampf um Aufträge in Konkurrenz zu den Angeboten osteuropäischer Betriebe, die ein ganz anderes Lohnniveau und andere Sozialstandards besitzen. Das gefährdet viele Arbeitsplätze in Deutschland und führt zu einem Wettbewerb der Dumpinglöhne. Verstärkt wird dieser Wettbewerb dadurch, dass ab Mai kommenden Jahres Arbeitnehmer aus dem osteuropäischen Raum mit deutlich geringeren Lohnansprüchen auf dem deutschen Markt ohne Einschränkungen arbeiten können.

SPD:

Das von der SPD eingebrachte Gesetz trägt den neuen europäischen Arbeitsmarktbedingungen und den Herausforderungen eines sich permanent ändernden Arbeitsmarkts Rechnung. Mit dem Vergabegesetz soll verhindert werden, dass beim Wettbewerb um öffentliche Aufträge, Unternehmen mit Tarifverträgen durch Billiganbieter ohne Sozialstandards vom Markt gedrängt werden. Als Vergabekriterien gelten im SPD-Gesetzesentwurf u.a. Tariftreue, die berufliche Erstausbildung oder die Berücksichtigung von Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit. So werden Dumpinglöhne verhindert, und wir schaffen gute Voraussetzungen für einen zukunftsfähigen Mittelstand. Eine Mittelstandsklausel in unserem Entwurf schreibt vor Erlass oder Novellierung von mittelstandsrelevanten Rechtsvorschriften deren Überprüfung vor. Dabei sollen die Auswirkungen auf Kosten, Verwaltungsaufwand und Beschäftigungsentwicklung unter die Lupe genommen werden. Außerdem sollen Förderprogramme ab einem Finanzvolumen von mindestens einer Million Euro einmal in der Legislaturperiode auf ihre Wirksamkeit geprüft werden.

Krankenhausgesetz – Qualität geht vor Kommerz

Der wirtschaftliche Druck in den Krankenhäusern verführt dazu, gerade beim Personal zu sparen. Das ist der falsche Weg! Deshalb müssen im Krankenhausgesetz verbindliche Mindestpersonalzahlen verankert werden. Wer gute Qualität in der ärztlichen Versorgung und bei der Pflege will, braucht vor allen Dingen gut ausgebildetes und ausreichendes Personal. Zur Qualitätssicherung sind deshalb verbindliche Mindestpersonalzahlen erforderlich. Diese haben wir in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Der SPD-Antrag beinhaltet u. a. auch deutlich verbesserte Hygienevorschriften, Erfassungssysteme für die Arbeitszeit sowie Fehlerberichtssysteme (CIRS)

Eine bedarfsgerechte Versorgung darf sich auch nicht nur auf Notfälle beschränken, wie es der Regierungsentwurf vorsieht, sondern muss die notwendigen Krankenhausleistungen umfassen. Krankenhäuser müssen außerdem wohnortnah vorhanden sein. Dies wurde ebenfalls durch unseren Änderungsantrag sichergestellt. Leider fand er keine Mehrheit.

**Schöne Weihnachtstage
und ein gutes, erfolgreiches Jahr 2011 wünscht Brigitte Hofmeyer, MdL
www.Hofmeyer-MdL.de**